

*Philipp Gassert*

## „Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“

Überlegungen zu einem Zentralbegriff westdeutscher Außenpolitik

### 1. Eine vertrauenswürdige Republik?

Anlässlich des 100. Geburtstags von Reichsaußenminister Walther Rathenau am 6. Oktober 1967 stellte dessen westdeutscher Nachfolger, der damalige Bundesaußenminister und Vizekanzler, Willy Brandt, grundsätzliche Überlegungen zu den Bedingungen deutscher Außenpolitik „nach zwei Weltkriegen“ an:

„Die deutsche Außenpolitik verfügte nach den Kriegen über keinerlei Machtmittel, die konventionell als Attribute der Souveränität gelten. Neben technischem und wirtschaftlichem Leistungsvermögen werden intellektuelle und moralische Kraft zu ihren wesentlichen Werkzeugen. Die Außenpolitik war darauf angewiesen, Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken.“<sup>1</sup>

Brandt sprach hier im Namen der ersten Großen Koalition, die Unionsparteien und SPD im Dezember 1966 geschlossen hatten. Diese hatte es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, einen „neuen Anfang“ in der Außen- und Deutschlandpolitik zu finden. Die Große Koalition strebe, so ihr Kanzler Kurt Georg Kiesinger in seiner ersten Regierungserklärung, mit „allen Völkern“ Beziehungen an, „die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen zur Zusammenarbeit gegründet sind“. Das zielte insbesondere auch auf die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts<sup>2</sup>.

Bekanntlich versuchte die Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren, ihre Beziehungen nach Osteuropa auf eine neue Basis zu stellen. Dies tat sie nicht primär aus einem moralischen Imperativ heraus, obwohl hinter der Ostpolitik auch ein ethisches Prinzip stand. Vielmehr galt es, den Anschluss an den westlichen Geleitzug nicht zu verlieren, der seit der Berlin-

<sup>1</sup> Willy Brandt in einer Gedenkrede zum 100. Geburtstag von Walter Rathenau am 6. 10. 1967; zit. nach Christian Hacke, 60 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln 2008, S. 487–510, hier S. 491.

<sup>2</sup> Regierungserklärung der Großen Koalition am 13. 12. 1966, in: Kurt Georg Kiesinger, Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Stuttgart 1979, S. 6–27, hier S. 19.

und Kuba-Krise in Richtung Entspannung fuhr<sup>3</sup>. Die Halsstarrigkeit, mit der sich die bundesdeutsche Außenpolitik diesem Trend verschloss, drohte sie innerhalb des westlichen Lagers zu isolieren. Damit stand das bis dahin erarbeitete Vertrauen in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik auf dem Spiel, und daher wurden seit den 1960er Jahren auch aus bündnispolitischer Notwendigkeit heraus nicht mehr nur die USA, Frankreich, Großbritannien, sondern zunehmend auch die östlichen Kontrahenten zum Adressaten westdeutschen Werbens um Vertrauen.

„Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken“ – das hätte ebenso gut von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Schmidt oder Helmut Kohl stammen können, aber auch von Heinrich von Brentano, Gerhard Schröder, Walter Scheel oder Hans-Dietrich Genscher. Letzteren hat der „Spiegel“ in einem historischen Rückblick einmal leicht süffisant als „Vertrauensmann“ titulierte<sup>4</sup>. Und in der Tat: Ehemalige Mitarbeiter Genschers rücken das persönliche Vertrauenswirken des „ewigen“ Außenministers stark in den Vordergrund<sup>5</sup>. Aber nicht allein Genscher führt das Wort Vertrauen gern im Mund: Von praktisch allen Kanzlern und den Außenministern der alten Republik lassen sich Belegstellen beibringen, wo diese sich über das Vertrauen ausließen, das man schon genieße, das zu erhalten oder das noch zu gewinnen sei.

Vertrauen und das Werben um Verständnis und guten Willen, das Bemühen um den Abbau von Misstrauen war eine zentrale Dimension westdeutscher Außenpolitik in vier Jahrzehnten. Vertrauen war – so lässt sich das vorherrschende Narrativ in drei Sätzen zugespitzt auf den Punkt bringen – in der Ära Adenauer mühsam erworben worden. Dann drohte es in den Kontroversen um die Ostpolitik und den NATO-Doppelbeschluss zeitweilig verspielt zu werden. Allen Anfechtungen der 1960er, 1970er und frühen 1980er Jahre zum Trotz hatte sich aber die Bundesrepublik gegen Ende des Kalten Kriegs einen ausreichend großen Vertrauensvorschuss erwirtschaftet: Als die DDR 1989 die Grenze öffnete und die Mauer fiel, zahlte sich das jahrzehntelange Vertrauenswerben aus.

Auch aus innenpolitischen Gründen war Vertrauenspolitik gute Politik: Wer Vertrauen im Ausland erwarb, der rechtfertigte das Vertrauen der Wäh-

<sup>3</sup> Vgl. Gottfried Niedhart, *Entspannung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und der Warschauer Pakt 1966 bis 1975*, München 2014, S. 43f.

<sup>4</sup> Spiegel Online vom 21. 11. 2011: „Neue Genscher-Biographie: Der Vertrauensmann“ (Klaus Wiegrefe); [www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-genscher-biografie-der-vertrauensmann-a-799004.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/neue-genscher-biografie-der-vertrauensmann-a-799004.html).

<sup>5</sup> Vgl. Hans-Dieter Heumann, Hans-Dietrich Genscher. *Die Biographie*, Paderborn 2012, S. 40 und S. 49ff.

ler. Gerne ließen sich Politiker attestieren, dass sie Vertrauen genossen: „Sein Vertrauen in die Bonner Führung sei total, ohne Zweifel und umfassend“ – so US-Außenminister Alexander Haig Anfang 1981, als es erste Konflikte zwischen der neu ins Amt gekommenen Reagan-Administration und der Regierung Schmidt-Genscher auszuräumen galt<sup>6</sup>. Die diplomatischen Berichte des Auswärtigen Amtes kamen immer wieder darauf zurück, dass dieser oder jener deutsche Politiker von seinen internationalen Gesprächspartnern als vertrauenswürdig eingeschätzt werde.

Die Fähigkeit, erfolgreich im Ausland um Vertrauen zu werben, war aber nicht allein ein wahlkampftaugliches Argument und Kriterium für politischen Erfolg. Vertrauen wurde im Lauf der Geschichte der alten Republik zu einem Code für Einfluss, Macht und Recht auf Mitsprache. Die westdeutsche Politik wollte oder musste sich schon habituell klar und deutlich von der brutalen machtegoistischen Politik der Epoche vor 1945 absetzen. Doch indem die Bundesrepublik geradezu rührend um Vertrauen warb und das zu einem Maßstab ihrer Außenpolitik machte, erweiterte sie Handlungsspielräume. Sie tat dies auf scheinbar weiche Art. Vertrauensbildung war ein markantes Erkennungszeichen westdeutscher Außenpolitik und hatte sich zu Beginn der 1970er Jahre zum Kern ihres außenpolitischen Stils als „Zivilmacht“ verfestigt<sup>7</sup>. So suchte sich die Bundesrepublik von den Beschränkungen ihrer Außenpolitik auf wenig angreifbare Art frei zu machen und konsolidierte ihre europäische Schlüsselposition.

Im Folgenden wird die Frage aufgeworfen, was der Fokus auf den Begriff Vertrauen für ein Verständnis der westdeutschen Außenpolitik in vier Jahrzehnten erbringt. Inwiefern lassen sich internationale Beziehungen nicht allein durch die Untersuchung von Machtverhältnissen (im Sinne des außenpolitischen Realismus) oder Interessen (was der liberale Ansatz wäre), sondern auch durch psychologische und kulturelle Faktoren erklären (wie Angst, oder eben Vertrauen)? Das sind keine ganz neuen Fragen, denn Gefühle sind seit einigen Jahren ein wichtiger Gegenstand auch der außenpolitischen Forschung<sup>8</sup>. Hier soll der Fokus auf der Rhetorik des Vertrauens liegen, die mit Gefühlen als Mittel der politischen Kommunikation arbeitet.

<sup>6</sup> So Außenminister Haig in einem Gespräch mit Bundesaußenminister Genscher am 9.3.1981 in Washington; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981, Bd. 1: 1. Januar bis 30. April 1981, bearb. von Daniela Taschler, Matthias Peter und Judith Michel, München 2012, Dok. 61: S. 328–333, hier S. 329.

<sup>7</sup> Vgl. Lars Colsen, *Deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2012, S. 356.

<sup>8</sup> Aus Platzgründen muss hier auf Nachweise verzichtet werden; vgl. die in der Einleitung von Reinhild Kreis zitierte Literatur.

Die physiologische Komponente von Vertrauenspolitik liegt jenseits meiner Fragestellung und fachlichen Kompetenz. Es geht um die Wortwahl in der Außenpolitik und deren Vermittlung nach innen, nicht um Emotionen im eigentlichen Sinne.

Daher möchte ich am konkreten Gegenstand anhand ausgewählter Beispiele zeigen, welche Rolle die Rhetorik des Vertrauens in der Außenpolitik der alten Bundesrepublik spielte. Von Adenauer anfangs forciert, war bis in die 1970er Jahre in der Wahrnehmung deutscher Politiker ein Grundstock an Vertrauen erworben worden, dessen Erosion es nun zu verhindern galt, weil dies die bundesrepublikanische Position wieder gefährdet hätte. Die Qualität des Sprechens über Vertrauen änderte sich aber vermutlich auch, weil der Wandel der Gesellschaft, der politischen Kultur und der politischen Kommunikation die Darstellung von Außenpolitik beeinflusste, aber auch die Bundesrepublik wieder selbstbewusster auftreten konnte. So wuchs der symbolische Stellenwert von Vertrauen als Charakteristikum einer gefestigten Zivilgesellschaft in dem Maße, wie sich die politische Kultur demokratisierte und die internationale Rolle Westdeutschlands normalisierte.

## 2. Die Rhetorik des Vertrauens im Überblick

Als Ausgangspunkt kann eine bekannte Karikatur im „Punch“ dienen, der 1950 den Schuman-Plan und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) als eine Strategie zur Überwindung von Misstrauen im deutsch-französischen Verhältnis und damit in Europa darstellte. Wir sehen Adenauer und Schuman jenseits eines tiefen Canyons von *Mistrust* und *Suspicion* stehen, der mit dem Stahlträger der Montanunion überbrückt werden soll<sup>9</sup>. Dies entsprach Adenauers Ansatz, die Beschränkungen der deutschen Souveränität durch die Suche nach gemeinsamen Interessen mit den westlichen Ländern zu mindern und die deutsche Position durch Vorleistungen und ein unermüdliches Vertrauenswerben zu verbessern<sup>10</sup>. Die rückblickenden Deutungen der Protagonisten unterstreichen diese Sicht, wenn etwa Robert Schuman 1963 in seinen Erinnerungen davon sprach, dass durch die EGKS „an Stelle der traditionellen Rivalität und des Misstrauens [...] eine Interessengemeinschaft getreten“ sei, welche die Ursachen

<sup>9</sup> Vgl. Punch vom 17. 5. 1950; [http://punch.photoshelter.com/image/I0000RFi6\\_FSbvSc](http://punch.photoshelter.com/image/I0000RFi6_FSbvSc).

<sup>10</sup> Vgl. Jürgen Weber, Der Ausweg aus dem deutsch-französischen Dilemma: Schuman-Plan und Westintegration, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd 4: Die Bundesrepublik wird souverän 1950–1955. Ära Adenauer I, München 3., stark überarbeitete Aufl. 1998, S. 17–43, hier S. 21.

eines „anscheinend unheilbaren Antagonismus“ haben verschwinden lassen. Schon 1963 war die EKGS zu einem Mythos geworden<sup>11</sup>. Das begründete auch den „Primat der Außenpolitik“ in Adenauers Augen:

„Ich kann die anderen Sachen, deren Notwendigkeit ich durchaus bejahe, eben nicht in der richtigen Weise erledigen, wenn wir nicht in der Außenpolitik so behutsam wie nur irgend möglich vorgehen und dazu beitragen, daß eine Verständigung im Lager der freien Völker eintritt, damit man uns wieder Vertrauen schenkt.“<sup>12</sup>

Tatsächlich gelang es vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs erstaunlich rasch, Fesseln abzustreifen. 1955, zehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation, gewann Bonn mit dem Eintritt in die NATO ein hohes Maß an außenpolitischer Autonomie und Mitsprache zurück. Aber schon 1953 glaubte Adenauer, zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode konstatieren zu können, dass die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten, durch eine „vertrauensvolle positive Zusammenarbeit gekennzeichnet“ sei<sup>13</sup>. Umgekehrt signalisierte man wiederum den Franzosen und Amerikanern, dass das deutsche Volk Vertrauen zu ihnen habe<sup>14</sup>. Auch wenn die Bundesrepublik ihre rasche Westintegration und Wiederaufnahme in den Kreis der „zivilisierten Nationen“ überwiegend dem geostrategischen Konflikt der beiden Supermächte zu verdanken hatte und zugleich dem Bedürfnis ihrer Alliierten, das westdeutsche Potential produktiv einzuhegen, punktete Adenauer gern mit dem Verweis auf das gewonnene Vertrauen.

Vertrauenswerben durchzieht als roter Faden die außenpolitische Rhetorik des ersten Bundeskanzlers. Er setzte dies innenpolitisch – vor allem in Wahlkämpfen – schon in den 1950er Jahren gezielt ein<sup>15</sup>. Obwohl sich Anfang der 1960er Jahre die Kritik am Gründungskanzler der Republik potenzierte, stütze er sich im Kampf um das Palais Schaumburg gerne auf seine internationale Vertrauensposition. So erreichte er im September 1961 trotz des Baus der Berliner Mauer, die als eine Bankrotterklärung seiner Politik

<sup>11</sup> Robert Schuman, Für Europa, Hamburg 1963, S. 118.

<sup>12</sup> Adenauer: Teegespräche 1955–1958, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, Dok. 3 (Teegespräch am 1. 3. 1956): S. 44–64, hier S. 61.

<sup>13</sup> So Bundeskanzler Adenauer am 20. 10. 1953 in einer Regierungserklärung; 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Stuttgart 1989, Dok. 24: S. 60–64, hier S. 61.

<sup>14</sup> Vgl. Heuss – Adenauer: Unserem Vaterlande zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1989, Nr. 232 (Konrad Adenauer an Theodor Heuss vom 20. 4. 1960): S. 300f.

<sup>15</sup> Vgl. Thomas Mergel, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010, S. 211f.

der Westintegration galt, gegen innerparteilichen Widerstand seine Wiederwahl als Kanzler mit dem Argument, dass die Welt in dieser gefährlichen Situation nur ihm und keinem anderen vertraue. „Unsere Position ist noch immer die, daß die heutige Generation in Deutschland dieses schauerhafte Erbe angetreten hat [...]. Und das wird jetzt erledigt werden müssen [...].“ Für Berlin werde eine Lösung gefunden, „aber es werden auch Enttäuschungen kommen für die deutsche Öffentlichkeit“. Die Botschaft war klar: Diese schwierige Aufgabe könne Adenauer unmöglich einem Nachfolger überlassen, wobei er vor allem an den ungeliebten Ludwig Erhard dachte<sup>16</sup>.

Der Wahlkampf 1961 geriet partiell zu einem Wettbewerb darüber, wer im Westen als vertrauenswürdiger galt: der Regierende Bürgermeister der „Frontstadt“ Berlin, Willy Brandt, oder der Kanzler. So warb die Union mit einem Plakat: „Vertrauen in der Welt. So sind die Leistungen des Volkes unter der Führung der CDU/CSU“<sup>17</sup>. Brandt wiederum ließ Wahlkampfbroschüren mit dem Titel „Vertrauen“ verteilen, die ihn „im vertraulichen Gespräch“ mit John F. Kennedy zeigten. Die Botschaft war klar: Brandt als Exponent einer neuen Politikergeneration genoss das Vertrauen der jugendlichen amerikanischen Präsidenten, nicht dagegen der alternde Kanzler, der Kennedy auf die Nerven ging<sup>18</sup>. Die SPD suchte nun den Spieß umzudrehen. Sie übernahm Adenauers Argument, Vertrauenswerbung im Westen sei eine Kardinalaufgabe deutscher Außenpolitik, aber wendete dies gegen den Gründungskanzler, der dieses Vertrauen aufgrund seiner amerikakritischen Haltung und seiner Hinwendung zu Charles de Gaulle nicht mehr zu rechtfertigen schien.

Als Brandt ab 1969 selbst die Richtlinien der deutschen Politik bestimmte, stellte er das Werben um Vertrauen erneut ins Zentrum seiner Überlegungen. Deutlich wird bei Brandt wie zuvor bei Adenauer die Dialektik von Innen- und Außenpolitik, wobei er nun das Werben um Vertrauen in eine Neujustierung der Außenpolitik an den gesellschaftlichen

<sup>16</sup> So Konrad Adenauer vor dem CDU-Bundesvorstand am 19. 9. 1961; Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 43f. (Zitat) und S. 49; vgl. auch Tim Geiger, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innenpolitischer Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008, S. 133.

<sup>17</sup> Das Plakat findet sich unter: [www.bild.bundesarchiv.de](http://www.bild.bundesarchiv.de) (Plak 005-009-043). Vgl. auch den CDU-Wahlkampfslogan für die Kampagne 1961: „12 Jahre allen voran – Darauf vertraut man – CDU“; [www.kas.de/wf/de/71.8940](http://www.kas.de/wf/de/71.8940).

<sup>18</sup> Vgl. Judith Michel, Willy Brandts Amerikabild und -politik 1933–1992, Göttingen 2010, S. 147; die Broschüre erwähnt Daniela Munkel, Als „deutscher Kennedy“ zum Sieg? Willy Brandt, die USA und die Medien, in: ZF 1 (2004), S. 172–194, hier S. 189.

Wandel im Inneren zurückband. In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler interpretierte Brandt den „Machtwechsel“ als demokratische Bewährungsprobe, die „unserem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt verholfen“ habe. Zugleich betonte er nachdrücklich, dass das Bündnis auf wechselseitigem Vertrauen beruhe, um eventuellen Kritikern der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen:

„Wir brauchen zu unserer Sicherheit Freunde und Verbündete, so wie sie zu ihrer Sicherheit uns und unseren Beitrag brauchen. Ohne gegenseitiges Vertrauen in die politische Stabilität dieser Einsicht sind weder Bündnis noch Sicherheit aufrechtzuerhalten. Wir werden deshalb in und gegenüber dem Bündnis die bisherige Politik fortsetzen und erwarten dies auch von unseren Bündnispartnern [...]“<sup>19</sup>

Vertrauen wurde nun stärker als wechselseitiges Verhältnis interpretiert und eingefordert, während bei Adenauer der Fokus überwiegend auf dem Erwerb westlichen Vertrauens gelegen hatte.

Im Bundestagswahlkampf 1972 hielt der Oppositionsführer und Spitzenkandidat der Union, Rainer Barzel, mit ganz ähnlichen Inszenierungselementen dagegen. Auch wenn der mit dem Friedensnobelpreis geadelte Brandt für sich ins Feld führen konnte, dass er das Vertrauen der Welt in das neue Deutschland verkörpere, so wollte Barzel diesen Punkt keineswegs konzedieren. Die Wahlkampfbroschüre „16 Seiten Rainer Barzel“ zeigt ihn in Gesprächen (am Kamin) mit den amerikanischen Politikern Kennedy, Richard Nixon und Henry Kissinger oder aber im „vertraulichen Austausch“ mit dem britischen Premier Edward Heath sowie mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin in Moskau. Dieses Gespräch sei „hart in der Sache“ verlaufen, doch von gegenseitigem menschlichem Respekt geprägt gewesen. Auch wurde ein französischer Diplomat mit den Worten zitiert, Barzel gehöre zu den wenigen deutschen Politikern, „die das Vertrauen Pompidous“ besäßen<sup>20</sup>. Zwar scheiterte Barzels Strategie kläglich, denn vertrauenspolitisch war Brandt 1972 nicht zu übertrumpfen. Doch die erneute öffentliche Inszenierung der internationalen Vertrauenswürdigkeit beider Spitzenkandidaten 1972 spricht für die Bedeutung der Vertrauensrhetorik als inzwischen gefestigtem Kern der außenpolitischen Kommunikationsstrategie westdeutscher Politiker.

<sup>19</sup> So Bundeskanzler Brandt in einer Regierungserklärung am 28. 10. 1969; [www.hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel\\_erklaerungBrandtRegierungs\\_erklaerung1969](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel_erklaerungBrandtRegierungs_erklaerung1969).

<sup>20</sup> Zit. nach Carsten Penzlin, Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972, in: HPM 14 2007, S. 121–136, hier S. 126.

Vertrauen wurde von Brandt wie schon zuvor von Adenauer, Erhard und Kiesinger, aber eben auch von Barzel wie allen späteren Oppositionsführern, nicht zuletzt darüber kommuniziert, dass Fotos über den jeweiligen Politiker im „vertraulichen Gespräch“ mit dem ausländischen Gegenüber zirkulierten. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass hier vor allem für das heimische Publikum eine Art Bildsprache entwickelt wurde, die deutsche Politiker auf Augenhöhe mit den Politikern anderer Staaten zeigt. Das war kein rein deutsches Phänomen. Vielmehr gerieten mit der rasanten Zunahme der persönlichen Kontakte zwischen Spitzenpolitikern seit den 1960er Jahren immer häufiger Fotos in Umlauf, die internationale Beziehungen als Beziehungen zwischen den Protagonisten zeigten, in die Bildsprache privat-persönlicher Freundschaften übersetzten und dies den jeweiligen Gesellschaften kommunizieren. Folgerichtig sollten solche Fotos nicht an die Öffentlichkeit gelangen, die eine persönliche Verstimmung erkennen ließen. Dies war etwa bei einem konfliktreichen Treffen zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Präsident Lyndon B. Johnson im Frühjahr 1967 der Fall, als es in Bonn wegen der ablehnenden Haltung des westdeutschen Regierungschefs gegen bestimmte Aspekte des Nichtverbreitungsvertrags für Kernwaffen so richtig „zur Sache“ ging<sup>21</sup>.

Anfang der 1970er Jahre verstärkte sich die Sorge, die schon bei Adenauer immer wieder angeklungen war: Die Deutschen, die (jedenfalls in ihrem Selbstverständnis) einigermassen in den Kreis der zivilisierten Nationen zurückgekehrt waren, könnten leichtfertig den Kredit verspielen, den sie seit 1949 mühsam erworben hatten. Als die Opposition die Ostverträge zu blockieren drohte, warnte die Bundesregierung, dass dadurch das deutsche Vertrauen im Ausland verspielt und die Angst vor einem deutschen Revanchismus geweckt werde. Auch sei diese Politik im engen „vertrauensvollen Austausch“ mit den Verbündeten eingeleitet worden<sup>22</sup>. Da Bundeskanzler Brandt, Außenminister Scheel und Egon Bahr angeblich für Nixon und Kissinger zu selbstständig agierten, wurden demonstrative Vertrauensgesten inszeniert wie ein dreitägiger Besuch von Willy Brandt im *presidential retreat* Camp David<sup>23</sup>. Prompt versicherte Nixon dem Kanzler, „er habe Vertrauen zu

<sup>21</sup> Eine Auswahl findet sich bei Thomas A. Schwartz, *Lyndon Johnson and Europe: In the Shadow of Vietnam*, Cambridge (Mass.) 2003, S. 184ff.

<sup>22</sup> So in einem Gespräch zwischen Brandt und Pompidou am 30. 1. 1970; Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Bd. 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, Dok. 30: S. 268–277, hier S. 269.

<sup>23</sup> Vgl. Michel, *Brandts Amerikabild*, S. 234.



unserer Politik“. Brandt sah im Rückblick alle Zweifel zerstreut, auch wenn diese weiter anhalten sollten<sup>24</sup>.

Oppositionsführer Barzel, der immer wieder auf den mangelnden Enthusiasmus der USA für die Ostpolitik aufmerksam machte und auf eine stärkere bündnispolitische Einbindung der Gespräche mit Moskau drängte<sup>25</sup>, betrieb seinerseits erheblichen Aufwand, um seine Forderung nach „besseren Verträgen“ sowohl in der eigenen Partei als auch gegenüber Paris, London und Washington zu kommunizieren. So versuchte er, seine Kritik an der Ostpolitik dadurch abzusichern, dass er öffentlich wahrnehmbar Vertreter der Westmächte konsultierte – und sich ihnen als der vertrauenswürdigeren Partner darstellte. Er streute Zweifel, dass Bonn den Verbündeten die ganze Wahrheit über die Moskauer Verhandlungen sagte. Umgekehrt unterhöhlte er in Bonn das Image des Bundeskanzlers, indem er insinuierte, dass Brandt in Washington keineswegs als besonders vertrauenswürdig galt. Von der UdSSR wiederum forderte Barzel, Beziehungen zu pflegen, „die sich nicht auf die Angst der Nachbarn, sondern auf Vertrauen gründen“. In Barzels Darstellung agierten Brandt, Bahr und Scheel gegenüber Moskau zu vertrauensselig und zu naiv<sup>26</sup>.

Auch die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss zehn Jahre später wurde mit Argumenten für und wider eine Festigung der westdeutschen Glaubwürdigkeit und Vertrauensposition geführt. Der Doppelbeschluss war nicht zuletzt aus einer gewissen Verärgerung Schmidts darüber geboren worden, dass die deutschen beziehungsweise westeuropäischen Interessen an einer Einbeziehung der (später dann so genannten) Mittelstreckenraketen in die SALT-Verhandlungen der Supermächte nicht ausreichend berücksichtigt

<sup>24</sup> Willy Brandt, *Erinnerungen*. Sonderausgabe für die DDR, Berlin 1990, S. 191; Brandt hob sein gutes Verhältnis zu amerikanischen Politikern schon als „Regierenden“ von Berlin hervor (ebenda, S. 190): „Ich kannte die Präsidenten ebensogut wie eine Reihe von einflussreichen Senatoren; mit John F. Kennedy hatte mich ein besonderes Verhältnis verbunden, doch auch die Begegnungen mit Lyndon B. Johnson waren von Vertrauen geprägt gewesen.“

<sup>25</sup> Vgl. Bernd Schaefer, *The Nixon Administration and West German Ostpolitik, 1969–1973*, in: Matthias Schulz/Thomas A. Schwartz (Hrsg.), *The Strained Alliance. U.S.–European Relations from Nixon to Carter*, New York 2010, S. 45–64.

<sup>26</sup> So Barzel in seinen Ausführungen vor dem CDU-Bundesvorstand am 23.4.1970; Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, bearb. von Günter Buchstab und Denise Lindsay, Düsseldorf 2009, S. 224; vgl. auch Rainer Barzel, *Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen*, Berlin 1986, S. 157ff.; Rainer Barzel, *Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Misstrauensvotum, Kanzlersturz*, Bonn 1998, S. 70.

wurden. Der Deal über strategische Waffen machte Europa im Eventualfall schutzlos gegenüber sowjetischer Erpressung. Dahinter stand die latente Befürchtung, die schon Adenauer im Kontext des Radford-Planes 1956 und Kiesinger während der Debatte über den Nonproliferationsvertrag 1967 geäußert hatten, die Bundesrepublik könne von der amerikanischen Sicherheitsgarantie abgekoppelt und ein Nuklearkrieg regionalisierbar und damit „führbar“ werden. Es dürfte auch fehlendes Vertrauen in die USA und ihren Präsidenten Jimmy Carter gewesen sein, das beim NATO-Doppelbeschluss Pate stand.

Nachdem jedoch der Doppelbeschluss in die Wege geleitet worden war, warb Schmidt nicht allein mit strategischen und sicherheitspolitischen Argumenten dafür. Die Opposition in der SPD und der Widerstand der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung drohten, in Schmidts Sicht jedenfalls, die hart erarbeitete Vertrauensposition der Bundesrepublik im Westen zu beschädigen. Als Beispiel kann die legendäre Kontroverse auf dem Hamburger Kirchentag 1981 zwischen Schmidt und dem Kieler CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg einerseits und dem ehemaligen SPD-Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, andererseits dienen. Albertz rutschte auf dieser Podiumsdiskussion der Satz heraus, man müsse der Wahrheit ins Auge sehen: Eine Folge des „entsetzlichen Hitler-Krieges“ sei, „dass wir in beiden Teilen Deutschlands nicht nur Verbündete haben, sondern besetztes Land sind“<sup>27</sup>. Schmidt rügte Albertz auch deshalb heftig, weil doch die Bundesrepublik drauf und dran sei, ein „wirklicher Partner“ der USA zu werden. Wer das Vertrauen der NATO-Partner beschädige, der schade nicht nur den unmittelbaren Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik, sondern reduziere das internationale Standing der Bundesregierung.

Dieser Argumentation folgte auch die Regierung Kohl, die die Bündnisloyalität hochhielt und der SPD-Opposition in der Debatte über den NATO-Doppelbeschluss vorwarf, das über drei Jahrzehnte akkumulierte Vertrauen in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik zu untergraben. „Es geht darum, ob das Bündnis auf der Grundlage vertrauensvoller und freundschaftlicher Beziehungen Westeuropas zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada auch in den letzten Jahren dieses Jahrhunderts seine Aufgabe erfüllen kann, Frieden und Freiheit zu sichern“, so Kohl in der großen,

<sup>27</sup> So Heinrich Albertz während des Podiumsgesprächs „Wie christlich kann Politik sein?“ am 19.6.1981 in der Sporthalle Alsterdorf, in: Hans-Jochen Luhmann/Gundel Neveling (Hrsg.), Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981. Dokumente, Stuttgart 1981, S. 692.

finalen Debatte des Bundestags über die Implementierung des Stationierungsteils des NATO-Doppelbeschlusses am 21. November 1983<sup>28</sup>. Die Kritiker der Nachrüstung forderten dagegen „mehr Vertrauen – weniger Waffen“ und setzten auf Vertrauensbildung als wünschenswerte Entwicklung im Ost-West-Verhältnis, die durch die Stationierung verhindert werde<sup>29</sup>. Auch hoben viele Nachrüstungskritiker ihrerseits auf ihre Vertrauensposition bei der inneramerikanischen Opposition gegen Ronald Reagans Politik ab. Sie sahen sich in einer Allianz des Misstrauens gegenüber den Regierenden beiderseits des Atlantiks und pflegten ihre eigene Vertrauensrhetorik. Auch dies spricht für die Festigung der vertrauenspolitischen Rhetorik als Kern des außenpolitischen Stils der Bundesrepublik.

Neben Genscher und zuvor auch Brandt und Barzel stellte vor allem Kohl Vertrauen als etwas dar, das überwiegend auf starken persönlichen Kontakten und einem entsprechenden dauerhaften Einsatz als Außenpolitiker beruhte. Im zweiten Band seiner Erinnerungen überschrieb er ein ganzes Kapitel mit dem Titel „Vertrauen schaffen“<sup>30</sup>. Dieses Kapitel beschäftigt sich überwiegend mit der europäischen Integration und den deutsch-französischen Beziehungen, aber auch den Sitzungen der europäischen Gremien. Die Bildsprache und die Unterschriften der dem Band beigegebenen Farbfotoessays ist eindeutig: „Gute Freunde“ (mit François Mitterrand), „Mit George und Barbara Bush auf einer romantischen Rheinfahrt zur Loreley“, „deutsch-amerikanische Freundschaft“ (mit Reagan), „Termine in aller Welt“, „herzlicher Empfang in Tibet“. Aber nicht nur der Kanzler, auch die Opposition war wie schon in den 1970er Jahren soweit vertrauenspolitisch konditioniert, dass dieser Begriff schlechterdings nicht mehr aus dem politischen Vokabular der internen und externen Kommunikation des außenpolitischen Handelns der alten Bundesrepublik wegzudenken war.

### 3. Systematische Ableitungen

Vertrauen hatte sich in den 1970er Jahren als ein zentraler Begriff westdeutscher Außenpolitik endgültig durchgesetzt, nachdem Brandt Adenauers Rhetorik dahin gehend abgewandelt hatte, dass Vertrauenswerben auch von den

<sup>28</sup> Stenographischer Bericht über die 35. Sitzung des Deutschen Bundestags am 21. 11. 1983, S. 2332.

<sup>29</sup> Daniil M. Proektor/Volker Rühle/Karsten Voigt, Mehr Vertrauen – weniger Waffen. Militärische Entspannung in Europa aus sowjetischer und deutscher Sicht. Mit einer Dokumentation von Eberhard Schneider, Bonn 1987.

<sup>30</sup> Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005, Kap. II/39.

Alliierten eingefordert werden konnte und nicht alleine eine Bringschuld der Bundesrepublik darstellte. Wenn auch die Methoden und Stile der Kanzler und Außenminister divergierten: dass Vertrauensbildung Zentralaufgabe westdeutscher Außenpolitiker „nach zwei Weltkriegen“ (Brandt) war, darüber scheint es wenig ernsthaften Dissens gegeben zu haben: Weder in der außenpolitischen Elite noch in der außenpolitisch interessierten Öffentlichkeit noch bei den Wählern gab es gravierende Gegenstimmen. Viele suchten nach Wegen (oder behaupteten dies), die knappe Ressource Vertrauen systematisch zu mehren, oder sie setzten seit den 1970er Jahren zunehmend auf das akkumulierte „Vertrauen“, um entweder den Ost-West-Konflikt zu entschärfen (so die sozial-liberale Ostpolitik) oder bündnispolitisches Vertrauen zu erhalten (so das christlich-liberale Werben für den NATO-Doppelbeschluss).

Der Befund passt gut zum langjährigen Trend der Forschung, Emotionen für die Analyse internationaler Beziehungen oder überhaupt historischer Abläufe fruchtbar zu machen. Ostentativ, möglichst in sprechenden Bildern demonstrierte Vertrauensbildung in den internationalen Beziehungen ist selbst wiederum Teil der Vertrauenswerbung demokratischer Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung. „Macht buhlt um Vertrauen“, so Ute Frevert<sup>31</sup>. Aber Macht, die Vertrauenswürdigkeit ausstrahlt, erhält ein freundliches Gesicht. Auch kann der selbstbewusste Bürger in einer auf Vertrauen basierenden Gesellschaft Risiken minimieren, die angesichts der Tendenz zur Individualisierung sonst schwer kalkulierbar würden. Vertrauen erleichtert das Leben. Soziale Komplexität, so Luhmanns klassische Formel, wird dadurch reduziert<sup>32</sup>. Aber dennoch wird Vertrauen vor allem über persönliche Beziehungen zwischen Politikern kommuniziert, also gerade nicht über anonymisiertes Vertrauen in Institutionen. Internationale Beziehungen eignen sich besonders gut, solche persönlichen Beziehungen zu visualisieren, die nach 1945 stärker als die Innenpolitik vom unmittelbaren Austausch der wichtigsten nationalen Protagonisten dominiert wurden. Wer international vertrauenswürdig ist, so die implizierte Botschaft, ist es auch zu Hause.

Auf unseren Gegenstand bezogen leite ich daraus zwei weiterführende Fragen ab, wobei die erste etwas außerhalb meines Gegenstandsbereichs liegt: Erstens, wie schlägt sich eigentlich das seit den 1960er Jahren zu be-

<sup>31</sup> Ute Frevert, *Vertrauen und Macht: Deutschland und Russland in der Moderne*, Vortrag am DHI Moskau am 23. 5. 2007; [www.dhi-moskau.org/fileadmin/user\\_upload/DHI\\_Moskau/pdf/Veranstaltungen/2007/Vortragstext\\_2007-05-23\\_de.pdf](http://www.dhi-moskau.org/fileadmin/user_upload/DHI_Moskau/pdf/Veranstaltungen/2007/Vortragstext_2007-05-23_de.pdf).

<sup>32</sup> Vgl. Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*, Stuttgart 1968.

obachtende Aufbrechen des hochmodernen institutionellen Ensembles in der Rhetorik des Vertrauens nieder? Und zweitens: Wo liegt das analytische Potential für die Geschichte der internationalen Beziehungen?

Zum ersten: Parteien, Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften, Verbände und Vereine, die seit dem 18. und 19. Jahrhundert Vertrauen zwischen sonst anonymen Mitgliedern einer Gesellschaft herstellten, verlieren, so jedenfalls das gängige Argument seit den 1960er Jahren, an Bindungskraft<sup>33</sup>; sie büßen also Vertrauen ein. Das gilt auch für individuelle Autoritäten wie Lehrer, Ärzte, und Polizisten – und wer weiß, vielleicht eines Tages sogar Professoren. Zugleich wachsen die Erwartungen der von Ideen partizipatorischer Teilhabe angesteckten Bürger. Die vielbeschworene Krise der Erwartungen ist da. Da Politik diese zum Teil selbst geschaffenen Erwartungen nicht mehr erfüllen kann, sinkt das Vertrauen. Die Bürger sind enttäuscht. So lautet das übliche Erklärungsmuster<sup>34</sup>.

Zur gleichen Zeit wird Vertrauen als imaginärer Kitt moderner Gesellschaft von den Soziologen, Politologen und nun auch den Historikern entdeckt – und avanciert zu einem Lieblingswort der Politiker. Ob hier nun die Politiker den Soziologen vorangegangen sind oder umgekehrt, soll hier dahingestellt bleiben. Über Vertrauen wird jedenfalls viel geredet. Die Politik hat auf den Zerfall von überkommenen Autoritäten und institutionellen Bindungen reagiert, indem sie mit Vertrauenswürdigkeit als Pfund erfolgreicher Politik immer kräftiger wucherte. Dass dabei Vertrauen inflationär gebraucht und letztlich auch entwertet wurde, steht auf einem anderen Blatt. In Rückblicken schadet das nicht, denn Adenauer, Brandt und Kohl werden allenthalben dafür gepriesen, wie viel Vertrauen sie geschaffen und gesenken haben. Ja die Bundesrepublik selbst wird als erfolgreiche Nachkriegsgründung gesehen, weil sie Vertrauen national und international erwirken konnte.

Hierin sehe ich ein Spezifikum der zeitgeschichtlichen Entwicklung seit den späten 1950er Jahren, dass Vertrauen sehr stark als ein individuelles Verhältnis zwischen Spitzenpolitikern und persönliche Qualität inszeniert wird – und eben nicht als institutionalisierte Ressource, die unabhängig von persönlichen Netzwerken ist. Das beginnt mit Adenauer, der Vertrauen auf ihn

<sup>33</sup> So die kritische Perspektive von Ute Frevert, Über Vertrauen reden: Historisch-kritische Beobachtungen, in: Jörg Baberowski (Hrsg.), Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch, Frankfurt a. M. 2014, S. 31–47.

<sup>34</sup> Vgl. Wolfgang Thierse, Glaubwürdigkeit. Beitrag zum Kongress „Werte und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 18./19. 10. 2012; [www.werteundpolitik.de/pdf/Beitrag\\_Glaubwuerdigkeit\\_Thierse.pdf](http://www.werteundpolitik.de/pdf/Beitrag_Glaubwuerdigkeit_Thierse.pdf).

selbst zum Begriff machte. Damit aber ist das Grundproblem der Forschung über Vertrauen berührt: Lässt sich das, was letztlich aus dem privaten Leben stammt, ohne weiteres auf den politischen Bereich übertragen? „Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?“ – ist dieser Lackmusktest, den jeder Präsidentschaftskandidat der USA bestehen muss, relevant? Natürlich, denn letztlich sind es rhetorische Strategien, die uns helfen, unsere politischen Vorlieben zu formulieren. Vertrauen ist in der Politik daher vermutlich keine Emotion im engeren Sinne, sondern ein sprachliches Hilfsmittel, eine rhetorische Krücke, die mit Emotionen spielt. Bei meist schwer zu fällenden Entscheidungen hilft die Vertrauensrhetorik, eine politische Präferenz zu formulieren.

Zum Zweiten stellt sich die Frage, ob sich sozialwissenschaftliche und kulturgeschichtliche Modelle, die überwiegend zur Analyse zwischenmenschlicher Beziehungen entwickelt wurden, auf die Arena der internationalen Politik übertragen lassen. Hier geht es nicht um Herrschaftsverhältnisse wie in der Soziologie, sondern um Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, deren Beziehungen sich von innerstaatlichen Beziehungen schon dadurch unterscheiden, dass sie theoretisch gleichrangig sind.

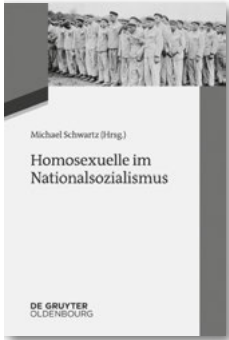
Mir scheint vor dem Hintergrund der oben angeführten Beispiele, dass westdeutsche Politiker mit der Betonung persönlicher Vertrauensverhältnisse vor allem auf zwei Probleme reagierten: Auf der einen Seite war das Vertrauenswerben zunächst der Tatsache geschuldet, dass dem Schwachen in internationalen Beziehungen vor allem das Mittel zur Verfügung steht, an Moral und Recht zu appellieren. Als dann auf der anderen Seite die Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren wieder in eine europäische Schlüsselposition hineingewachsen war und selbstbewusster auftreten konnte, ja sogar Macht in Europa ausüben konnte und wesentlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Bündnis besaß, war die Vertrauensrhetorik längst integraler Bestandteil des außenpolitischen Stils der Bundesrepublik. Ihre führenden Protagonisten wie Kohl oder Genscher konnten gar nicht anders, als im Sinne dieser Tradition zu operieren. Viele deutsche Spitzenpolitiker bedienen sich bis heute gern dieses Begriffs, auch wenn es nur noch um Interessenwahrung geht.

Nun soll hier nicht eine Dichotomie aufgebaut werden zwischen Emotionen und „realer“, interessengeleiteter Machtpolitik: Denn das scheinbar so „weiche“ Vertrauenswerben wurde strategisch eingesetzt, erst um das Machtgefälle zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnern zu reduzieren, und später, um Einfluss aufrecht zu erhalten, hinzuzugewinnen, aber auch zu rechtfertigen. Das war in meinen Augen keine Frage von Emotionen – obwohl

Vertrauen oft als Teil der Emotionsgeschichte gesehen wird – sondern eher eine Kommunikationsstrategie, die Emotionen repräsentiert, wie ja auch das Reden von Machtgleichgewichten und Interessen nur eine Metapher dafür ist, was man in der internationalen Politik zu erreichen hofft. Aber zugleich passte diese Rhetorik ganz gut zum kulturellen Umfeld der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre und zu ihrem Selbstverständnis als einer „Friedensmacht“.

Bei der Verständigung über politische Präferenzen sollte daher Vertrauen wie auch Angst oder andere scheinbar emotionale Dispositionen als eine Option für die Politik verstanden werden, über wünschbare politische Entwicklungen zu sprechen und Präferenzen zu kommunizieren. In diesem Sinne eröffnet Vertrauen als zentraler Begriff westdeutscher Außenpolitik von den 1950er bis in die 1980er Jahre aufschlussreiche Zugänge und neue Perspektiven auf scheinbar alte Fragen und Themen. Es war eine rhetorische Strategie, um (West-)Deutschlands Rolle in der Welt zu kommunizieren.

# VERFOLGUNG UND REPRESSION VON HOMOSEXUELLEN IN DER NS-ZEIT



*Michael Schwartz (Hrsg.)*

## **HOMOSEXUELLE IM NATIONALSOZIALISMUS**

Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945

### **Zeitgeschichte im Gespräch, Band 18**

2014, 146 Seiten

#### **Broschur**

€ 16,95 · ISBN 978-3-486-74189-6

#### **eBook (PDF)**

€ 16,95 · ISBN 978-3-486-85750-4

#### **eBook (EPUB)**

€ 16,95 · ISBN 978-3-486-99079-9

#### **Print + eBook**

€ 29,95 · ISBN 978-3-486-85751-1

Wie lebten homosexuelle, bi-, trans- und intersexuelle Menschen in der NS-Zeit? Welchen Verfolgungsmaßnahmen waren sie ausgesetzt? Diese und andere Fragen beantwortet der vorliegende Sammelband, für den das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld verantwortlich zeichnen. Dabei stehen nicht nur Polizei und Justiz im Fokus, sondern auch die politisch-administrative und die gesellschaftliche Repression. Überdies zeigen die Autorinnen und Autoren die ganze Vielfalt von Lebenssituationen auf – von Isolation über Tolerierung bis zur Unterstützung des Regimes. Neben der vergleichsweise gut erforschten Geschichte homosexueller Frauen und Männer geht es dabei auch um die bisher wenig beachteten Gruppen bi-, trans- und intersexueller Menschen – ein Ansatz, der Licht in ein kaum bekanntes Kapitel der Gesellschaftsgeschichte des Dritten Reichs bringt.

*Michael Schwartz* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung Berlin, sowie apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.